Nr. 285 XXVI. Jahrgang

Freitag, 18. Oktober 1918

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4

Fernsprecher: 13 5 28, 13 6 36, 13 8 97. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen: Die einspaltige Kolonelzeile kostet für Dresden und Vororte 35 Pf., für auswärts 40 Pf., die zweispaltige Reklamezeile 90 1.50, mit Platzvorschrift M. 2.—. Für Listen- oder Kunstsatz 50 % Preiserhöhung. Bei Wiederholungen und Jahresaufträgen Ermäßigung nach gesetzlichen Sätzen. Briefgebühr 20 Pf. Auf diese Preise werden 50 % Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Alle Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Anzeigen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unserm Tarifblatt an.

Bezugspreise: Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1.40, vierteljährlich M. 4.20. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr. Postbezug in Deutschland: Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M 1.40, vierteljährl. M 4.20; „ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 1.55, „ „ 4.65. In Oesterreich-Ungarn: Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. Kr. 2.32, vierteljährl. Kr. 6.96; „ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 2.48, „ „ 7.47. Nach d. Auslande in Kreuzb. wöchentl. M 1.10. Einz.-Numm. 10 Pf.

Vier Kaiserreiche an Stelle Oesterreichs

Grundlegende Verfassungsänderungen in Oesterreich und Ungarn — Hindenburg, Ludendorff und Admiral Scheer in Berlin — Der Versailler Kriegsrat als Instanz für die Waffenstillstandsfragen

Staatenbund Oesterreich

Das alte Oesterreich besteht nicht mehr! Jenes mächtige Staatengebilde, das im Herzen Europas die Ausläufer der germanischen, romanischen und slawischen Rasse zusammenfaßte, historisch geworden aus der kleinen Ostmark, die im zehnten Jahrhundert von den Babenbergern beherrscht wurde, gemehrt und gewachsen unter den Habsburgern seit 1282 durch kriegerische und friedliche Angliederung (tu felix Austria nubes!) soll nun in vier einzelne Staaten zerfallen. Die pragmatische Sanktion, Oesterreichs Grundgesetz seit 1713, das die Unteilbarkeit und Untrennbarkeit der Bestandteile der Monarchie bestimmte, ist durch den Kertrümmerer Krieg bis an einem hohen Grade bereits außer Kraft gesetzt. Die nationalen Gegensätze, die innerhalb Oesterreichs geschichtet werden sollten, reißen den Gesamtstaat auseinander. Die Einheitlichkeit erwies sich als unhaltbar. Die Tschechen müssen als Leiter der Bestrebungen gelten, die Auflösung der Monarchie zu bewirken. Ihnen folgten die andern Slawen. Sie eigneten sich das Wilsonsche Programm der Selbstbestimmung der Völker an. Die Deutschen Oesterreichs nahmen es mit Recht gleichfalls für sich in Anspruch. Damit stand die Wiener Regierung vor der Tatsache, daß die bisherige Monarchie eigentlich nur noch dem Namen nach existierte. Entschlossen paßt sich Kaiser Carl den Forderungen der Völker an. Er willigt in die Umbildung des Einheitsstaates in einen

Bund von vier Staaten

ein, dem Ungarn nur durch Personalunion angelehnt bleiben soll:

id. **Wien**, 17. Oktober. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Ein bevorstehendes Manifest kündigt die Umgestaltung Oesterreichs auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker an. Es ist ein Staatenbund von vier Nationalstaaten, eines deutschösterreichischen, eines tschechischen, eines illyrischen und eines ruthenischen Staates, geplant. Die Nationalversammlungen sollen nationale Regierungen wählen. Gemeinsam bleibt der Monarch, die Vertretung und Verteidigung nach außen.

+ **Wien**, 16. Oktober. (Priv.-Tel.) In der Proklamation, die morgen veröffentlicht werden wird, sind nach einer nochmaligen stilistischen Veränderung ein Kaiserreich Oesterreich, ein Kaiserreich Böhmen, ein Kaiserreich Halicz (Ukraine) und ein Kaiserreich Illyrien (die südslawischen Länder) vorgesehen.

× **Wien**, 17. Oktober. Den Blättern zufolge geht aus den vom Ministerpräsidenten den Parteiführern des Abgeordnetenhauses gemachten Mitteilungen über die bevorstehende kaiserliche Kundgebung über die Umwandlung Oesterreichs in einen Bundesstaat hervor, daß sich die Völker Oesterreichs auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes innerhalb der nationalen Siedelungsgebiete als nationale Staaten einrichten. In der kaiserlichen Kundgebung sei die Errichtung eines deutschösterreichischen, tschechischen, südslawischen und ukrainischen Staates ins Auge gefaßt. Triest würde als Reichshafen erklärt. Deutsch-Böhmen und Deutsch-Schlesien sollen an Deutsch-Oesterreich angeschlossen werden. Durch die Kundgebung soll der Lösung der polnischen Frage nicht vorgegriffen und die Integrität Ungarns nicht berührt werden. Auch an die Selbständigkeit der in Oesterreich wohnenden Rumänen und Italiener werde gedacht. Die Bildung des Staatenbundes soll in der Weise erfolgen, daß sich die Abgeordneten der einzelnen Nationen als sogenannte Nationalversammlungen oder Nationalräte konstituieren, welche die Aufgabe hätten, die Bildung der Bundesstaaten vorzubereiten und die gemeinsamen Zusammenhänge zwischen den einzelnen nationalen Staaten festzustellen. Bis zum Ins-Leben-Treten der neuen Staaten hätte die jetzige Zentralregierung die Aufgabe, die Kontinuität der Verwaltung zu wahren und den Uebergang des bisherigen Rechts in den künftigen Bundesstaat vorzubereiten. Zur Regelung der territorialen Grenzen werden Ausschüsse eingesetzt werden, als Grundlage werde die Reichsratswahlordnung angenommen werden. Die Nationalversammlungen entsenden Delegierte in die Bundesratsversammlung, der die Vertretung der gemeinsamen Interessen, also der äußeren Politik, der Zoll- und Handelspolitik sowie der militärischen Angelegenheiten obliegt. — Ueber die Stellungnahme der verschiedenen Parteien zu den Mitteilungen des Ministerpräsidenten über die geplante Neugestaltung melden die Blätter, daß das Präsidium des Tschechenverbandes die Einladung des Ministerpräsidenten zur gestrigen Besprechung mit einem Schreiben beantwortet hätte, worin sie unter Hinweis darauf, daß die Tschechen einer solchen Lösung der tschecho-slowakischen Frage nicht zustimmen könnten, den Ministerpräsidenten ersuchten, ihr Nichterscheinen zu entschuldigen. Im gemeinsamen Klubs des Tschechenverbandes und des Südslawischen Klubs wurde die volle Solidarität der beiden Klubs festgestellt. Die Polen waren zur Besprechung nicht geladen. Der Obmann der parlamentarischen ukrainischen Vertretung, Petrushewycz, erklärte sich mit dem Ergebnis des ganzen Staatsaktes nicht zufrieden und fügte hinzu, daß die für den 19. Oktober nach Lemberg berufene Nationalversammlung der Ukrainer über die Stellungnahme zur Verfassungsreform entscheiden werde. Der Leitungsausschuß des Verbandes der deutschnationalen Partei beschloß, nach eingehender Beratung mit den andern deutschen Parteien erneut in Fühlung zu treten.

Wie man aus dem letzten Telegramm erfährt, verhalten sich die Slawen, insbesondere die Tschechen, ablehnend. Unter den Tschechen gibt es eine starke Bewegung, die auf die restlose Abtrennung Böhmens abzielt. Innerhalb dieser Bewegung gibt es wieder Anhänger der republikanischen Idee und Anhänger des alten böhmischen Staatsrechtes, die einen König auf dem böhmischen Throne zu sehen wünschen. Die Tschechen werden sich jetzt entscheiden müssen, ob sie weiter unter habsburgischem Zepter bleiben wollen oder nicht. Denn es ist klar, daß für alle vier neuen Staaten die Habsburger als Dynastie gedacht sind. Um Unterschiede zu beseitigen, werden alle vier Staaten nach dem Muster Deutsch-Oesterreichs Kaiserreiche. In Amerika und England scheint die völlige Loslösung der Tschechen aus dem bisherigen Staatengebilde unerwünscht zu sein, und die Tschechen, die während des ganzen Krieges nach dem Westen gelauscht haben, werden vielleicht ihren Widerstand aufgeben, wenn sie keine Hoffnung auf Hilfe von auswärts haben. Mit dem Verlust von Westgalizien mit Krakau, das an Polen fällt, hat man sich in Wien abgefunden. Daß diese Neuordnung, wenn sie durchgeführt werden kann, den Frieden näher bringt, ist nicht zu bezweifeln. Deutschland wird sich auf die neue Nachbarschaft einrichten müssen.

Vor der neuen Antwort

Die Antwort des Präsidenten Wilson auf die zweite deutsche Note bildete während des ganzen gestrigen Tages den Gegenstand von Besprechungen und Beratungen der Regierung und auch der Parlamentarier. Gestern vormittag war das Kriegskabinett ebenfalls zu einer mehrstündigen Sitzung zusammengetreten. Auch der Nachmittag wurde durch Konferenzen der Staatssekretäre ausgefüllt. Gestern abend fand sodann beim Vizekanzler v. Payer eine Besprechung der Staatssekretäre statt, die längere Zeit beanspruchte. Es heißt, daß man zu einer endgültigen Beschlußfassung noch nicht gekommen ist, da namentlich die Verhandlungen mit den in Betracht kommenden militärischen Stellen noch nicht beendet sind. Nach den vorliegenden Meldungen rechnet man aber mit der Fortsetzung des Friedensgespräches:

× **Wien**, 16. Oktober. Im Ausschuß für Auswärtiges der österreichischen Delegation erklärte Graf Burian auf eine Anfrage wegen der Antwort Wilsons an Oesterreich-Ungarn: „Mir ist die Antwort bisher nicht angekommen. Sobald sie eingetroffen sein wird, werden wir uns sofort mit dem Obmann des Ausschusses ins Einvernehmen setzen. Doch erlaube ich mir, heraus hinzuweisen, daß wir bei Beratung der Schriftstücke, die jetzt zwischen uns und unsern Gegnern gewechselt werden, stets das Einvernehmen mit Deutschland herstellen; das bedingt nur eine ganz kurze Zeit der Verständigung. Aber es können auch 24 Stunden vergehen. Eine kurze Aussprache mit Berlin ist immer erforderlich, damit unsre beiderseitigen Standpunkte nicht einmal in einer Nuance in Widerspruch geraten."

id. **Wien**, 16. Oktober. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Burians heutige Rede ist ebenso optimistisch wie das gestrige Exposé, obgleich inzwischen Wilsons neue Note an Deutschland bekanntgeworden ist. Da Burian erklärte, er sei in fortwährendem Kontakt mit Berlin, wird in hiesigen politischen Kreisen angenommen, auch Berlin nehme die Note Wilsons „nicht tragisch", wie Burian sich ausdrückte. Wichtig ist Burians Erklärung, daß man nach Lage der Dinge die Feindseligkeiten nicht mehr lange fortsetzen wird. (kf)

s. **Basel**, 17. Oktober. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Die „Morning Post" meldet aus New-York: Im Weißen Hause rechnet man mit einer Antwort Deutschlands bis kommenden Sonntag. Erst dann wird Präsident Wilson seine endgültigen Entscheidungen treffen.

g. **Genf**, 17. Oktober. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Der „Herald" meldet aus New-York: Der Senatsausschuß beriet am 14. Oktober über die allgemeine Lage. Lansing gab Erklärungen zu der zweiten Note Wilsons, die vom Senatsausschuß einstimmig gebilligt wurden.

s. **Basel**, 17. Oktober. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Die „Morning Post" meldet aus New-York, daß die New-Yorker Börse ihre Stimmung in Friedenswerten wenig geändert habe. Man erwartet die Annahme der Wilsonschen Bedingungen durch die Mittelmächte, wenn auch erst nach einem nochmaligen Notenaustausch.

s. **Basel**, 17. Oktober. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) „Daily Mail" meldet: Bonar Law erklärte im Unterhause weiter zur Friedensfrage, Wilsons Forderungen seien schon die Forderungen der Alliierten. Man müsse die Bedingungen hart stellen, um vor Ueberraschungen, wie beim Brester Frieden, gesichert zu sein. — „Daily Telegraph" meldet aus Paris: Der alliierte Kriegsrat hat sich in seiner letzten Sitzung als ständige Instanz für die Frage des Friedens und des Waffenstillstandes erklärt. Der Kriegsrat hat seine neue Tätigkeit mit der Begutachtung der Wilsonschen Forderungen an die Mittelmächte begonnen.

Die Erklärung des Versailler Kriegsrates zeigt, daß das Streben der militärischen Kreise der Entente dahin geht, Wilsons Einfluß zu vermindern und die Diktatur des Schwertes an die Stelle der politischen Führung zu setzen. Gelingt ihnen das, so erleidet die Politik Wilsons eine Niederlage, die seine überragende Stellung mit einem Schlage beseitigt.

Fortdauer der Abwehrkämpfe

× **Großes Hauptquartier**, 17. Oktober. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Auf dem Kampffelde nahmen wir unsre Front in die Linie östlich von Torhout—Koolskamp—Ingelmünster, im Anschluß hieran hinter die Lys zurück. Nach stärkstem Feuer auf das geräumte Gelände fühlte der Feind an unsre neuen Stellungen heran. Beiderseits von Koolskamp griff er sie mit starken Kräften bei Torhout und Ingelmünster in Teilvorstößen an. Auch gegen die Lys-Front bei Kortrik und Menen führte er heftige Angriffe. Der Feind wurde überall abgewiesen. Gegen unsre neue Front zwischen Lille und Douai ist der Feind gestern bis in die Linie Capinghen—Allennes les Marais—Carvin—Oignies gefolgt. Am Selle-Abschnitt drang der Gegner bei Haussy in unsre Linien ein. Radfahrerbataillone warfen den Feind im Gegenangriff zurück und nahmen die alte Stellung wieder. Die Beschießung der Stadt Denain durch englische Artillerie hält an und hat weitere Opfer unter den französischen Einwohnern und Flüchtlingen gefordert.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

An der Oise-Front zeitweilig Artilleriekampf. Erneute Angriffe der Franzosen nördlich von Origny wurden abgewiesen. An der Aisne und an der Aire scheiterten starke französische Angriffe vor unsern neuen Linien westlich von Grandpré.

Heeresgruppe Gallwitz

Oestlich der Aire wurden amerikanische Angriffe, deren Hauptstoß sich gegen Champignelle und Landres richtete, abgewiesen. Beide Orte wurden gehalten. Die Höhe südöstlich von Landres blieb nach wechselvollem Kampfe in Feindeshand. Auch auf dem Ostufer der Maas scheiterten erneute Angriffe des Feindes. Bei Abwehr des westlich von Flabas mit Panzerwagen vordringenden Gegners zeichnete sich die 1. Landwehr-Division besonders aus.

Südöstlicher Kriegsschauplatz

Vor unsrer neuen Front zwischen Jagodina und Nisch hat der Feind die westliche Morava-Kruševac und Aleksinac erreicht. Teilangriffe, die er aus dieser Linie heraus führte, wurden abgewiesen.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff

Staatssekretär Gröber über die Kriegsanleihe:

Keine Regierung, kein Reichstag wird es jemals wagen dürfen, die Sicherheit der Kriegsanleihe anzutasten.

Die militärischen Führer in Berlin

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

a. **Berlin**, 17. Oktober

Wie ich zuverlässig höre, werden heute Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff in Berlin eintreffen. Der Chef des Admiralstabs, Scheer, ist bereits hier eingetroffen. (ö)

Maßlose Ansprüche

Mit großer Einmütigkeit hat die deutsche Presse die scharfen Forderungen Wilsons als das bezeichnet, was sie sind, nämlich als eine Absicht vom Neuem zu hetzen und eine neue Proklamierung der Gewalt. Die Presse ist darin mit wenigen Ausnahmen der ganz Extremen auf beiden Seiten der getreue Dolmetsch der öffentlichen Meinung. Darüber sollten sich auch unsre Gegner nicht täuschen. Das deutsche Volk ist aufrichtig friedliebend, immer noch, und erscheint noch mehr als vier Jahren Kriegsjahren den Frieden mehr als je heraus. Deshalb hat es auch den letzten Friedensschritt der deutschen Regierung bei Wilson freudig zustimmend begrüßt, obgleich es sich bewußt war, daß der Friede in diesem Zeitpunkt nur mit schmerzlichen Opfern zu erlangen wäre. Aber es vertraute den schönen Worten, die Herr Wilson von Gerechtigkeit, Völkerbund und Menschheitsidealen gesprochen hatte. Es mußte erwarten, daß der amerikanische Präsident bei entsprechendem aufrichtigen Entgegenkommen die Hand zu einem Rechtsfrieden bieten und seine hartnäckig kriegslüsternen Mitverbündeten davon überzeugen würde, daß nur so ein dauernder Weltfriede herzustellen sei, wie er ihn angeblich als Krönung seines Lebenswerkes erstrebte.

Die Antwort Wilsons auf unsre Note kennen wir, und was heute zu sagen ist, ist bereits ausgesprochen worden. Es läßt sich noch nicht ganz klar erkennen, wie weit Präsident Wilson in seiner Antwort seinem eigenen Standpunkt hintangegeben oder wie weit er sich dem Druck seiner Verbündeten unterworfen hat. Die Sprache der englischen und französischen Bänker und Kaufleute ist von einer Maßlosigkeit, die nicht mehr überboten werden kann. Noch Neuter geht die Absicht der englischen und der alliierten Regierungen dahin, daß zur Zeit zweckmäßigerweise nichts zu der sehr klaren und gerechten Antwort Wilsons hinzugefügt werden könne. Es könnte angenommen werden, daß der Präsident im allgemeinen in Uebereinstimmung mit den Alliierten war, soweit es sich um die Sache und den Ton, in dem sie vertreten wurde, handle, und die tatsächlichen Bedingungen sprächen für sich selbst. Unter den Alliierten bestehe keine Neigung, in dieser Hinsicht Gelegenheit zu Diskussionen zu schaffen. Deutschland habe seine Antwort. Sie sei endgültig und überzeugend. Soweit sie die Alliierten betreffe, sei die Angelegenheit eine Sache ihrer Truppen an der Front, und diese sichtmen sie in sehr befriedigender Weise zu erledigen. Im Unterhaus erklärte Bonar Law, es sei nicht erwünscht, im jetzigen Augenblicke irgendeine Erklärung über die militärischen Operationen oder über Friedensmitteilungen abzugeben. Churchill darf natürlich nicht fehlen, wenn der „Krieg bis ans Ende" verkündigt wird. In einer Rede in Manchester kümmte er der Antwort Wilsons zu und bezeichnete als ersten Punkt, daß Deutschland angemessene Sicherheiten und Garantien geben müsse, bevor die Alliierten den Druck ihrer Armeen einhellten. Darüber müsse an erster Stelle Foch zu Rate gezogen werden, während doch Präsident Wilson in erster Linie von den militärischen Ratgebern der Vereinigten Staaten spricht. Auch Garantien für die See verlangte Churchill, der zum Schluß erklärte: „Es ist möglich, daß wir noch einen schweren, monatelangen Kampf vor uns haben, der riesige Mengen von Blut und Geld kostet. Sollte dies der Fall sein, ist es besser, der Konflikt wird jetzt ausgetragen, als daß wir einen Kompromiß annehmen oder uns um die Früchte unsrer Anstrengungen brächten." Auch der englische Minister Auckland Geddes warnte in Portsmouth vor einem „falschen Frieden". Deutschland bereite eine kolossalere Tauchbootkampagne vor denn je, und seine Armeen seien bisher nur auf fremdem Boden geschlagen. Daran, daß die Deutschen wirklich ihre Gesinnung geändert hätten, sei nicht zu denken, sie versuchten lediglich, Frieden zu erhalten, um einen neuen Krieg vorzubereiten und einen furchtbaren Schlag gegen England zu führen. Auch Geddes betonte, daß der Krieg noch nicht gewonnen sei und daß man möglicherweise noch durch lange, schwere Monate hindurchgehen habe.

Die Londoner Hetzpresse drückt sich natürlich auch um einige Grade stärker aus. „Daily Telegraph" erklärt: „Die Note Wilsons ist eine der zutreffendsten diplomatischen Mitteilungen, die jemals veröffentlicht wurden. Sie wird sich einst als entscheidender Schlag für den Sieg herausstellen. Das ist der Tag der Rache. Die Worte des Präsidenten beweisen, daß das amerikanische Volk ebensowenig vor der Aufgabe der Vergeltung zurückschrecken wird, wie die Engländer selbst. Wilson spricht zweifellos die Ansicht aller Demokraten aus." „Morning Post" schreibt: „Wilson verdient die Dankbarkeit der zivilisierten Welt dafür, daß er die Lage rettete. Deutschland wird jetzt verstehen, daß die bedingungslose Uebergabe eine wesentliche Voraussetzung für den Waffenstillstand ist und daß die Gewährung eines Waffenstillstandes noch keineriel Bestimmung der Friedensbedingungen mit sich bringt." Die „Times" sagen: „Wir in England haben sicher große Ansprüche an die Antwort Wilsons gestellt. Aber er hat sie befriedigt. Die